

Mitglied der englischen Sozialdemokratie. Hitler selbst schreibt in seinem grünen wahnwitzigen Pamphlet „Mein Leben und mein Kampf“, daß er im November 1918 kurze Zeit Mitglied der Sozialdemokratie war. Heute hat als Reichswehrminister die heutigen Nazis Generäle von Epp und Lohmann gegen die bayrische Räterepublik geschickt. Der „Kleine Metallarbeiter“ Severing hat die falsche Wut in Kärnten freilassen lassen. Der ehemalige Gewerkschaftsführer Binnig schreibt heute Leitartikel in der großkapitalistischen, falschistischen Presse. Der ehemalige sozialdemokratische Regierungspräsidenten Gröhner, der nach den Enthüllungen der Düsseldorf SPD-Presse die falschistischen Mörder unseres Karl Liebknecht und unserer Rosa Luxemburg näher kannte, ist heute Ehrenmitglied der arbeitermörderischen Hakenkreuzpartei. Und selbst Schacht, der als ehemaliger Demokrat von Hilferding und Kretschmer als Reichsbankpräsident gestützt wurde, steht heute bei Hitler.

Sozialdemokratische Arbeiter und SWJ-Kameraden! Das ist nur eine kleine Auswahl aus der Galerie derjenigen, die vom Sozialfaschismus zum offenen Faschismus übergegangen sind. Legt diese Liste Breitscheid und Wels vor. Das sind die Väter des Faschismus. Deshalb sagen wir: Die SPD-Führer sind Faschisten. Aber ihr SPD-Arbeiter seid trotzige Antifaschisten.

Braunschweig ist ein Fanal. Selbst der Vorwärts mußte zugeben: „Das Reichsbanner und Rot-Front-Leute Schulten an Schulten gegen die Nazis standen.“ Die antifaschistische Einheitsfront in Braunschweig stand unter Führung der kommunistischen Partei. Das gemeinsam vergossene Blut der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter fließt die rote Einheitsfront fester.

Die Kampfes- und Blutbrüderschaft der SPD- und KPD-Arbeiter muß auch in Sachsen geschlossen werden. Vor einigen Monaten wollten Hakenkreuzhorden in Waldheim das Parteibüro der KPD plündern. So wie in Braunschweig Reichsbannerarbeiter mit dem roten Selbstschutz kämpften, eilten auch hier SPD-Arbeiter ihren kommunistischen Klassengenossen brüderlich zu Hilfe.

Sozialdemokratische Arbeiter und oppositionelle SWJler! Ihr seid Fleisch von unserem Fleische, Blut von unserem Blute. Deshalb schließt mit uns die antifaschistische Einheitsfront in den Betrieben, auf den Stempelstellen, in den Arbeiterwohnvierteln. Hebet all gilt es, auf der Grundlage der Erklärung des Zentralkomitees der KPD, den proletarischen Selbstschutz gegen Naziterror zu schaffen!

Braunschweig ist ein Signal! Deutschland darf nicht Italien werden! In Italien sind die SPD-Führer zu Mussolini gegangen. Nur die verfolgte, geprügelte kommunistische Partei Italiens kämpft heroisch für die Zerschmetterung des falschistischen Todes!

So wie Hellmann während des Krieges zu Hindenburg ging, so gehen heute die Graßmann und Eggert in die neue Hindenburg-Arbeitergemeinschaft. So wird auch Hüring zu Hitler gehen.

Reichsbanner, SPD- und SWJ-Arbeiter! Macht Schutz mit Hüring, Severing und Wels! Her zur roten Klassenfront unter Führung Thälmanns! Die kommunistische Partei ist die einzige antifaschistische und antifaschistische Kraft. Die rote Fahne mit Hammer und Sichel wird über den schwarzweißen Hakenkreuzfelsen trumpletern! Der Sowjetstern wird das Hakenkreuz besiegen!

Reichsbanner und Kommunisten kämpfen gemeinsam

Rote Einheitsfront gegen Naziterror!

Wie die Nazis in Braunschweig dauken / Gemeinsamer Kampf der Arbeiter / Reichsbannertrupp stellt sich rotem Selbstschutz zur Verfügung / Proteststreik am Tage der Beerdiung

Bezirk, 21. Oktober. (Fig. Bericht.)

Zu den Kämpfen in Braunschweig werden noch folgende Tatsachen bekannt, die den organisierten Terrorfeldzug der Nazis gegen die Arbeiterviertel und den gemeinsamen Kampf der Arbeiter gegen den Faschismus beleuchten.

Schon der dritte Arbeiter getötet!

Auch in Wolfenbüttel eskalierten die Nazis ihren blutigen Terror. Am 20. Oktober wurde ein Arbeiter von Nazis durch Schüsse in den Kopf getötet.

Aus Braunschweig wird gemeldet, daß ein Schapobeamter, der sich am letzten Sonntag mit dem Säbel gegen eine Uebermacht von SA-Weibern wehren mußte, gemahngelt wurde. Die Leitung des Reichsbanners gibt einen Bericht, in dem der Terror der Nazis geschildert wird. Die Führer des Reichsbanners sind es aber, die durch eine wilde Hege gegen die kommunistische Bewegung, durch das Verbot des Roten Frontkämpferbundes, durch das Verbot proletarischer Demonstrationen den Faschismus begünstigt, ihn ermutigt haben. Heute sind viele Reichsbannerleute Opfer des Naziterrors. Darum gehören die oppositionellen SPD- und Reichsbanner-Arbeiter in die rote Einheitsfront!

Nazis demolieren Arbeiterhäuser

Bewaffnete SA-Abteilungen versuchten sowohl am Sonntag als auch am Sonntag in die Arbeiterviertel vorzustoßen.

Am Sonntagabend nachmittags fand der erste Angriff in der Längen Straße statt. Fenster von Arbeiterwohnungen wurden eingeschlagen, die Häuser mit Steinen bombardiert. Die Nazis gaben auch Schüsse ab.

Als dann der rote Selbstschutz der Arbeiter in Aktion trat, wurden die SA-Abteilungen aus dem Arbeiterviertel vertrieben. Bei diesem Zusammenstoß hatten auch die Nazis drei Verletzte.

Der zweite Angriff erfolgte in Mittelkalk. Hier griffen 150 Nazis an. Die Arbeiter trieben sie zurück.

Als sich immer wieder neue Kruppen der SA ansammelten und neue Angriffe vorbereiteten, gingen die Arbeiter in Mittelkalk und in der Kaiserstraße, dem roten Wedding von Braunschweig zu einem formlichen Barrikadenkampf über.

Aus Steinen, Eisen, Müllsteinen, Matragen und anderen Gegenständen wurden 2 Barrikaden errichtet und dann Stadtbrandstiftung gezogen.

Die Arbeiter wollten damit ein weiteres Vordringen des angreifenden Faschisten verhindern.

Nach mehreren Stunden erümete die Polizei die Barrikade zur Seite.

Sturm auf SA-Büro

Am Sonntagabend gegen 22 Uhr versuchten SA-Truppen, das SA-Büro zu plündern. Sie stießen dabei auf den Widerstand der Arbeiter und erhielten vier Verletzte.

Auch in der Friesenstraße, wo das Parteibüro der KPD ist, versuchten am Sonntag die bewaffneten Nazistellungen, einzubringen.

Arbeiterfrauen fordern Vollamnestie!

15 Frauen von politischen Gefangenen beim Reichsjustizministerium

Am 19. Oktober erschien eine Delegation von 15 Arbeiterinnen, Frauen von politischen Gefangenen, im Reichsjustizministerium, um ihre Forderung auf Freilassung ihrer Männer und Amnestie für alle proletarischen politischen Gefangenen vorzubringen.

Der Justizminister ließ sich nicht sprechen. Begründung: Es würde sonst die ganze Arbeit der Reichsregierung gestört. Nur zwei Arbeiterinnen konnten mit einem Ministerialrat Richter, der sich als das Ohr des Justizministeriums bezeichnete, sprechen. Daß gegen revolutionäre Arbeiter besonders hohe Strafen verhängt werden, wollte der Herr Ministerialrat absolut nicht wissen. Im übrigen, so betonte er, sei er nicht

zuständig für die Frage der Amnestie, der politischen Gefangenen, ebenso wenig wie für die Amnestie der Opfer der Inflation Not und des Paragraphen 218. Das sei lediglich Reichstagsangelegenheit.

Die Delegation richtet an die gesamte Arbeiterschaft den Appell, den Kampf um die Vollamnestie mit aller Kraft fortzusetzen. Aus allen Betrieben, von allen Stempelstellen und aus allen Versammlungen muß es der herrschenden Klasse entgegengebracht werden:

Heraus mit den 6000 proletarischen politischen Gefangenen! Heraus mit den Opfern der Not und des Paragraphen 218! Her mit der Vollamnestie!

Mobilisierung unter Führung der KPD

Die BE Sachsen zur Lage und zu den Aufgaben der Partei

Die Bezirksleitung Sachsen der KPD hat in ihrer letzten Sitzung am 19. Oktober Stellung genommen zur politischen Lage und den vor der Partei stehenden Aufgaben. Im Vordergrund dieser Aufgaben behandelte die Bezirksleitung insbesondere die Mobilisierung der Arbeiter in den Betrieben zu Wirtschaftskämpfen, die Schaffung der proletarischen Einheitsfront zum revolutionären Kampf und die Mobilisierung aller werktätigen Schichten zur Führung des Kampfes gegen Not und Reaktion. Die Möglichkeiten für die Gewinnung breiterer werktätiger Schichten sind gerade in der gegenwärtigen Zeit außerordentlich groß und die Bezirksleitung ist der Auffassung, daß die Partei die gegenwärtig für die Gewinnung der werktätigen Schichten äußerst günstige Situation reiflos auszunutzen muß.

Insbesondere gibt die durch die Spaltungskrise in der SPD geschaffene Lage der Partei gegenwärtig die Möglichkeit, Tausende von sozialdemokratischen Arbeitern von der sozialdemokratischen Führerschaft loszulösen und sie für den revolutionären Kampf unter Führung der KPD zu gewinnen.

Um alle Kräfte der Partei auf die unmittelbar vor der Partei stehenden Aufgaben konzentrieren zu können, hält die Bezirksleitung es für notwendig, die Parteiorganisation im gegenwärtigen Augenblick von allen, nicht unmittelbar mit der Inangriffnahme dieser Aufgaben im Zusammenhang stehenden innerorganisatorischen Aufgaben weitestgehend zu entlasten, um alle Kräfte für die politischen Aufgaben frei zu machen.

Aus diesem Grunde beschließt die Bezirksleitung, den für den 24. und 25. Oktober angelegten 2. sächsischen Bezirksparteitag um einen Monat zu verschieben und den Bezirksparteitag am 28. und 29. November stattfinden zu lassen. Gleichzeitig appelliert die BE an alle Parteimit-

glieder, die ganze Kraft der Partei auf die Durchführung der vor der Partei stehenden Aufgaben zu konzentrieren und die Zeit bis zum Bezirksparteitag zu benutzen, um auch stärker zu popularisieren und dadurch den Einfluß der Partei auf die Massen des werktätigen Volkes ebenfalls zu vergrößern.

Bezirksleitung Sachsen der KPD

Für proletarische Einheitsfront

unter Führung des bolschewistischen ZK der KPD

Die Bezirksleitung hat in ihrer Sitzung vom 19. Oktober 1931 Stellung genommen zu dem Wiederaufnahmeantrag des bisherigen Anhängers der Brandlergruppe und Bezirksleiters Internationalen Hilfsvereinigungs und L. Vorjshender der ISB, Breuer, Radeberg.

Die Bezirksleitung steht in diesem Wiederaufnahmeantrag mit seiner politischen Begründung eine Bewältigung für die Möglichkeit der Politik der KPD und bearbeitet die Aufgabe, daß führende Mitglieder und Anhänger der Brandlergruppe den Weg zur Partei zurückfinden. In der Begründung des Wiederaufnahmeantrages erklärt zwar der Genosse Breuer, daß er anerkennt, daß er in den zweieinhalb Jahren seiner Zugehörigkeit zur Brandlergruppe in seiner Begründung gegen die Eigenbrödel der Brandleristen sowie gegen die neue Zersplitterung der Arbeiterschaft durch die Gründung der Sozialistischen Sumpfpartei.

Die Bezirksleitung hält jedoch, ehe sie dem Wiederaufnahmeantrag des Genossen Breuer stattgeben kann, für erforderlich, daß der Genosse nicht nur in der allgemeinen Linie eine Anerkennung der Politik der KPD ausspricht, sondern daß er sich zu den entscheidenden Fragen der abweichenden Auffassungen der Brandleristen von der Linie der KPD und der Kommintern eindeutig äußert. Die Bezirksleitung fordert daher von dem Genossen Breuer eine eindeutige Erklärung über ihre Stellung zur tatsächlichen Linie der KPD, insbesondere in den Fragen der Auslösung und Führung der Kämpfe der Arbeiter, in der Frage der Stellung zur KPD und der revolutionären Arbeit in den Gewerkschaften und zu der Frage der Heranbildung einer revolutionären Massenbewegung unter Führung der kommunistischen Partei Deutschlands.

Insbesondere muß die KPD von einem bisherigen Nichtmitglied der Brandlergruppe erwarten, daß er vor seiner Wiederaufnahme in die Partei eine Erklärung abgibt über seine Einstellung zu den brandleristischen Vorwürfen über die gegen die Politik der KPD und über den brandleristischen Kurs gegen den so genannten ultralinken Kurs der Partei.

Indem die KPD von einem bisherigen führenden Nichtmitglied der Brandlergruppe solche eindeutige Erklärung fordert, stellt sie vor allen Arbeitern die entscheidende Frage der Schließung der revolutionären Einheitsfront auf der Grundlage des klaren politischen Programms der Kommintern und bietet gleichzeitig allen Arbeitern, die heute noch in der Front des Faschismus, des zentralistischen Sumpfes und der eigenbrödelhaften Sekten und Spitterbildung stehen, die Hand zur Eingliederung in die große revolutionäre Front unter Führung der KPD.

Bezirksleitung Sachsen

Die Massen stehen zur KPD

Antwort auf Braunschweig

Western fand für das Industriegebiet Leuben-Niederleuba im Galtshof Leuben eine von der KPD einberufene öffentliche Versammlung statt, in der Gen. Lehmann-Lamart, ehemaliger SPD-Redakteur, sprach. Die Versammlung war fast von SPD-Arbeitern besucht. Die stürmischen Beifall unterbröckel, schilberte Gen. Lehmann-Lamart an Hand seiner reichen Erfahrungen den Verrat der SPD. Eine Reihe Aufnahmen konnten gemacht werden, die beweisen, daß das Industrieproletariat zur kommunistischen Partei steht.

Zu einer machtvollen Rundgebung der Arbeiter und Arbeiterinnen gegen den Faschismus gestaltete sich eine Versammlung des Kampfbundes, die gestern Abend im Bürgergarten stattfand, und in der Genosse Tombrowski referierte. Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, in der zur Organisierung des proletarischen Selbstschutzes auf überparteilicher Grundlage aufgerufen wurde. Zur Ehre der proletarischen und verletzten Arbeiter in Braunschweig erhoben sich die Massen von ihren Plätzen.

Waggon Lebensmittel für streikende Bergarbeiter

Begleiteter Kampfzug im Ober-Ruhrgebiet

In Nelesche (Ruhrgebiet) fand am 18. Oktober ein Kampfzug gegen Lohn- und Unterführungsabbau statt. 28 Delegierte, Fabrik- und Landarbeiter, beschloßen den Kampf für Arbeitsbeschaffung und gegen Lohn- und Unterführungsabbau zu führen. Tolender Beifall antwortete dem Delegierten, der über die Solidaritätsaktion der Arbeiter aus Oloberg und Westfalen berichtete. Diese Arbeiter hatten für ihre streikenden Klassengenossen im Stahlwerk Marl einen Waggon Lebensmittel zusammengeholt.

Nicht Arbeiter traten in die KPD ein. Eine große Anzahl Parteiaufnahmen wurden gemacht.

„Volkzeitung“ als Faschmüner

Dresden, 21. Oktober.

Die sozialdemokratische Dresdner Volkzeitung leistet sich in ihrer Nummer 241 vom 20. Oktober ein tolles Stück frecher Fälschung. Sie nimmt zur Groenerede Stellung und schreibt einleitend:

„Wir gehen wohl nicht sehr in der Annahme, daß diese Aeußerungen mit ihren scharfen Wendungen gegen Terrorakte, insbesondere im Hinblick auf die jüngsten blutigen Vorgänge in Braunschweig erfolglos.“

Um diesen frechen Betrug zu verschleiern, haben die sozialdemokratischen Betrüger in der Dresdner Volkzeitung die elerne Seite, den entscheidenden Teil der Groenerede zu fälschen.

Wir stellen fest, die Dresdner Volkzeitung hat aus drei Sätzen zwei Sätze gemacht und den entscheidenden Satz weggelassen. Dieser Satz lautet:

„Das gemeinsame Ziel erfordert aber, daß der Willkür in der politischen Betätigung Schranken gezogen werden, wenn sie auf den gewaltsamen Umsturz der Verfassung und auf die Vernichtung unseres Staatwesens und unserer Kultur im Bolschismus gerichtet ist.“

Gibt ihr, sozialdemokratische Arbeiter, so werdet ihr von der Volkzeitung frech belogen!

SPD-Arbeiter kommt zur KPD

In Rabenau bei Freital sind im Laufe voriger Woche die Funktionäre Fritz Kochan und Pattersohn aus der SPD ausgeschieden worden. Der Genosse Fritz Kochan hat sich unterdessen der KPD angeschlossen.

SPD- und SWJ-Genossen, verlaßt die brüningtreue SPD. Bildet keine neue Partei. Treiet ein in die KPD und in den KZVD.